



**Erklärung des  
18. Erwerbslosenparlamentes Mecklenburg-Vorpommern**

**Zeit für neue Wege sozialer Teilhabe –  
Machen Sie sich endlich stark für langzeitarbeitslose  
Frauen und Männer!**

Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich Jahr für Jahr weiter verfestigt und ist als politisches und gesellschaftliches Problem nach wie vor nicht bewältigt. Zusätzlich kommen Menschen als Flüchtlinge aus Kriegsgebieten zu uns, die eine angemessene Arbeit suchen.

Das Recht auf soziale Teilhabe gilt ungeteilt für alle Menschen. Daher sind neue Wege zur Sicherung dieses Grundrechtes unausweichlich.

Das 18. Erwerbslosenparlament bekräftigt seine Position aus dem vergangenen Jahr und fordert alle demokratischen Fraktionen im Landtag und die Landesregierung auf:

- 1.) Machen Sie das Thema Langzeitarbeitslosigkeit zum **Thema Nr. 1 des Fachkräftebündnisses Mecklenburg-Vorpommern!**
- 2.) Erarbeiten Sie ein wirksames **Landeskonzept** „Integration durch Arbeit und Teilhabe“ auch mit Einsatz von **Landesmitteln!** Bestandteil muss eine qualifizierte Armutsberichterstattung auf Landesebene sein.
- 3.) Tragen Sie das Thema Langzeitarbeitslosigkeit mit Nachdruck an die Bundesregierung heran, bringen Sie es in Bundestagsfraktionen, den Bundesrat und die Bundesagentur für Arbeit ein!
- 4.) Machen Sie sich stark dafür, dass der Bund die **Eingliederungsmittel für die** Jobcenter deutlich erhöht, die Bürokratie abbaut und die **Sanktionsmechanismen** endlich abschafft. Der **Passiv-Aktiv-Transfer muss** generell in die Förderinstrumente des SGB II eingebunden werden.
- 5.) Zugang zum Arbeitsmarkt ist Teilhabe, ist Integration. Beenden Sie die ausgrenzende Flüchtlingspolitik und setzen Sie sich für die vollständige Gleichstellung beim Zugang zu Arbeit und bei der Förderung ein.

**Beschlossen am 30. Oktober 2015 in Schwerin**